

Medienmitteilung

Themen	Die Grünliberalen verlangen endlich mit einer erneuten Motion eine Steuersenkung für den Mittelstand
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Tel. 079 448 12 44 Dieter Werthemann, Tel. 079 335 54 05
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt www.bs.grunliberale.ch
Datum	11. August 2017

Mit Motion 16.5022 der Grünliberalen wurde am 29. Juni 2016, also vor mehr als einem Jahr, vom Grossen Rat der Regierung den Auftrag erteilt, den unteren Steuersatz von 22.25% um mindestens einen Prozentpunkt auf höchstens 21.25% oder tiefer zu senken. Die Grünliberalen sind erstaunt, dass die Regierung mehr als ein Jahr braucht, um lediglich eine Zahl im Steuergesetz zu reduzieren. Um der Umsetzung einer Steuersenkung für den Mittelstand Nachdruck zu verleihen, reichen die Grünliberalen eine weitere Motion ein, in welcher im Gegensatz zur letzten Motion der Regierung eine Umsetzung der Steuersenkung um mindestens einen Prozentpunkt innert 6 Monaten vorgeschrieben wird. Dies unabhängig von einer allfälligen Unternehmenssteuerreform 17. Die Mehreinnahmen der letzten drei Jahre - besonders bei der Einkommenssteuer - ermöglichen diesen Schritt.

Das baselstädtische Steuergesetz ist bei der Einkommenssteuer für den Mittelstand nicht attraktiv. Im Vergleich werden in Basel Personen und Familien mit kleinem Einkommen geschont, mindestens ein Viertel der Haushalte zahlt gar keine Steuern, die hohen Einkommen profitieren von der attraktiven Flat-Tax. Der Mittelstand hingegen in der untersten Einkommensstufe trägt in Basel (zu) hohe Lasten. Auch im interkantonalen Vergleich wird der Mittelstand in unserem Kanton fiskalisch stark belastet. Beispielsweise bezahlt der Mittelstand in der Stadt Zürich etwa 10% weniger Steuern als in der Stadt Basel.

Laut der letzten Staatsrechnungen haben die Steuereinnahmen von 2013 bis 2016 von 2'481 Millionen auf 2'926 Millionen um 445 Millionen zugenommen. Alleine bei der Einkommenssteuer für natürliche Personen nahmen die Einnahmen in den letzten drei Jahren von 1'222 Millionen auf 1'391 Millionen um 169 Millionen zu. Diese Zahlen zeigen, dass endlich eine substanzielle Entlastung des Mittelstandes angebracht ist.

Im Schreiben der Regierung an den Grossen Rat (16.5022.02) vom 25. Mai 2016 zur überfälligen Motion „Steuersenkung zu Gunsten des Mittelstandes“ (Werthemann) schätzt die Regierung den Steuerausfall bei statischer Betrachtung einer Steuersenkung des unteren Steuersatzes um einen Prozentpunkt von 22.25% auf 21,25% auf 49 Millionen. Bei einer Senkung auf 20% liegt die Schätzung bei 109 Millionen. Eine Steuersenkung des unteren Steuersatzes von 22,25% auf 20% würde also von den Mehreinnahmen der Einkommenssteuer der letzten drei Jahre immer noch etwa 60 Millionen zur Begleichung des enormen Ausgabenwachstums übrig lassen. Zusätzliche Kosten auf Grund der geplanten Unternehmenssteuerreform 17 müssen durch die Mehreinnahmen der anderen Steuern kompensiert werden, was bei der Zunahme der letzten drei Jahre kein grösseres Problem sein dürfte, auch wenn dadurch das enorme Ausgabenwachstum etwas gedrosselt werden müsste.

Im Übrigen sind die Grünliberalen der Meinung, dass die Veränderung lediglich einer Zahl im Steuergesetz unsere Verwaltung nicht mehr als ein Jahr beschäftigen sollte, ansonsten der Verdacht auf Trödelei bzw. Unwillen des Regierungsrats aufkommen könnte.